

Digitalgelddickicht Folge 1.7

Der digitale Euro – Im Maschinenraum der EU

<https://zevedi.de/digitalgelddickicht-1-7-der-digitale-euro-im-maschinenraum-der-eu/>

Moderation: Caroline Marburger

Hallo, herzlich willkommen im *Digitalgelddickicht*, einem Podcast des *Zentrums verantwortungsbewusste Digitalisierung*.

Im *Digitalgelddickicht* sprießen neue Geldformen und neue Technologien, alte und neue Player kooperieren hier und konkurrieren da, eine Wachstumsbranche wird gefeiert oder kritisch beäugt, der Politik stellen sich neue Regulierungsaufgaben und uns allen stellt sich die Frage: wie damit umgehen? Denn wir meinen: Die Digitalisierung der Finanzwelt geht uns alle an.

Herzlich willkommen zur siebten Folge des *Digitalgelddickichts*. Mein Name ist Caroline Marburger, ich bin Mitarbeiterin im Projekt *eFin & Demokratie*, schön, dass Sie zu uns gefunden haben

Der digitale Euro ist ein gesamteuropäisches politisches Projekt. Ein großes Ding. Aber, selbst wenn man an der belgischen Grenze wohnt: was in Brüssel passiert scheint meist viel weiter entfernt als was in Berlin diskutiert und entschieden wird. Und eine Regulierung durch die EU in der Fischerei, bei Verpackungen oder bei Kryptowerten erfasst unseren Alltag oft nur sehr vermittelt. Dagegen steht eins fest: wird ein Gesetz zum digitalen Euro verabschiedet, könnte das den Alltag aller EU-Bürgerinnen und Bürger verändern. Anders als manch andere politische Entscheidung würde diese nicht nur Hauseigner oder Mieter, nicht nur Bauern oder Banker, nicht nur die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs oder des kommerziellen Luftverkehrs betreffen, sondern alle.

Diskussionsstand jetzt, müsste der digitale Euro als gesetzliches Zahlungsmittel überall da, wo jetzt schon digital gezahlt wird, im Netz, im Supermarkt, im Flugzeug, akzeptiert werden – ob Menschen in der EU ihn dann auch verwenden oder nicht, wäre und bliebe ihre Entscheidung. Es geht also um ein großes Unterfangen, der Einführung des Euro vor knapp 25 Jahren zumindest nicht ganz unähnlich. Aber noch ist alles Entwurf, Vorbereitung, Prototyp.

Der digitale Euro ist vor allem eine politische Entscheidung der EU, aber natürlich auch ein EZB-Projekt. Die Europäische Zentralbank, die Institution, die ihn schließlich gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken ausgeben würde – und die technischen Lösungen entwickeln muss. Dazu nächste Folge. Für notwendig gehalten, das haben wir insbesondere in den ersten 4 Folgen

diskutiert, wurde dieses digitale Zentralbankgeld angesichts der zunehmenden Privatisierung und Globalisierung des Zahlungsverkehrs. Und was das für die Zahlungssouveränität Europas und die Bürgerinnen und Bürger der EU bedeutet.

So oder so: die Kernentscheidung für oder wider einen digitalen Euro bzw. wie der aussehen soll, das ist primär, und darum geht es heute: eine Aufgabe der EU-Organen. Heißt?

War im Digitalgeld Dickicht bisher vom konkreten Vorhaben des digitalen Euro die Rede, dann war – neben Fortschrittsberichten der EZB – im Wesentlichen der Verordnungsentwurf der EU-Kommission aus dem Juni 2023 unser Ausgangspunkt. Dieser Verordnungsentwurf ist für den Moment Grundlage dessen, was der digitale Euro sein dürfte oder sollte. Aber ein rechtskräftiges Gesetz gibt es eben noch nicht. Ein solches wird im komplexen politischen Prozess auf der EU-Ebene weiter diskutiert und ausgehandelt. Genau diesem Prozedere widmen wir uns heute.

Wie kommt es überhaupt zu einem solchen „Verordnungsentwurf“? Anders als in Berlin haben in Brüssel und Straßburg weder Parlament noch Rat, sondern nur die Exekutive, also die EU-Kommission das Recht, einen solchen Gesetzesentwurf einzubringen. Bedarf kann allerdings von Mitgliedsstaaten, Rat, Parlament, Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, EZB, Lobbyisten etc. angemeldet werden. Sieht die Kommission Handlungsbedarf, dann werden bis zu einem Verordnungsentwurf diverse Stakeholder konsultiert. Man prüft rechtliche Voraussetzungen, sowie alles andere, auf innere Schlüssigkeit – und der Entwurf wird auch den Regierungen der Mitgliedsstaaten vorgelegt, so dass mit der Veröffentlichung schon ein möglichst tragfähiges Gesetz vorgeschlagen wird. Dennoch steht zwischen Entwurf und finaler EU-Gesetzgebung dann zumeist noch ein langer Verhandlungsprozess. Und wenn dieser Prozess länger als eine Legislaturperiode dauert, dann verschiebt sich – siehe die Europawahl dieses Jahr 2024 - auf dem Weg zum finalen Gesetz, womöglich die politische Gemengelage sehr.

Beim digitalen Euro sind auf EU-Ebene im Moment – nach dem Verordnungsentwurf – das Europäische Parlament und der Europäische Rat am Zug. Und die Frage, ob das noch vor oder nach der Europawahl passiert, ist nicht ganz unerheblich. Wegen wechselnden Mehrheiten natürlich und der Zeit, die ggf. drauf geht.

In dieser Folge des *Digitalgelddickichts* schauen wir uns das näher an. Wir tauchen also ein in den EU-Maschinenraum oder zumindest in den zugänglichsten Maschinenraum von allen: das EU-Parlament und seine Ausschüsse. Anhörungen sind öffentlich, Dokumente online, ich habe mit diversen Parlamentariern geredet. Wir schauen so auf die Frühphase der politischen Entscheidungen, eben in die Ausschüsse, deren Beratungen der Parlamentsentscheidung in der sogenannten Ersten Lesung vorausgehen. Wir fragen, was in diesem und vielleicht nächstem Jahr zu erwarten ist, welche Schritte es generell in Brüssel noch braucht, um zu einer Entscheidung zu kommen. Und an diese erste Annäherung an den politischen Prozess knüpfen wir dann in den nächsten Wochen und Monaten auf unserem *eFin*-Blog und ggf. hier im *Digitalgelddickicht* – jedenfalls bei wesentlichen Entwicklungen – wieder an.

Also, die Gesetzgebungsbasics: Das Europäische Parlament wie auch Europäischer Rat legen ihren Standpunkt zum Entwurf der Kommission in erster Lesung auf Grundlage des von der Kommission vorgelegten Vorschlags fest. Der liegt wie wir wissen seit Juni 2023 vor. Ich habe mir zunächst von diversen Mitgliedern verschiedener Fraktionen des zuständigen Ausschusses für Wirtschaft und Währung sowie des Ausschusses für Grundrechte und bürgerliche Freiheiten das Kleinklein auf Parlamentsebene auseinandersetzen lassen: Wer macht da was, gibt es da wichtige strategische Positionen und Entscheidungen, wie kommen die zustande – und wie ginge es nach einem Beschluss in der Ersten Lesung weiter?

Markus Ferber, CSU, Mitglied der EVP-Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sagt Folgendes:

[Markus Ferber]: „*Der parlamentarische Betrieb funktioniert im Prinzip so, dass die Kommission alleine das Recht hat, Vorschläge zu machen, auch hier zum digitalen Euro. Sie hat zusätzlich noch einen Vorschlag gemacht zur Sicherung von Bargeld, um auch der Diskussion etwas Wind aus den Segeln zu nehmen. Dass mit dem digitalen Europa Bargeld abgeschafft werden soll. Und wie in jedem Parlament streiten sich zunächst mal die Ausschüsse darum, wer zuständig ist. Wir haben also eine Reihe von Ausschüssen, die sogenannte Stellung nehmende Ausschüsse sind, die sich mit dem Thema auch beschäftigen. Das ist der Ausschuss für Grundfreiheiten zum Beispiel, der sich damit beschäftigt. Das ist der Industrieausschuss, der sich damit beschäftigt. Und ein Ausschuss wird zum federführenden Ausschuss bestimmt. Das ist der Ausschuss für Wirtschaft und Währung, weil wir für all die Fragen, die mit der europäischen Zentralbank zu tun haben, zuständig sind nach der*

Geschäftsordnung. Und der digitale Euro soll ja ein von der Zentralbank initiiertes Euro sein. Insofern sind wir der federführende Ausschuss.“

„Wir“ – damit meint er den Ausschuss für Wirtschaft und Währung.

[Markus Ferber]: *„Dazu wird ein Verhandlungsteam bestimmt, das sogenannte Berichtersteller aus allen Fraktionen umfasst. Dieses Verhandlungsteam hat schon mehrmals getagt. Wir haben jetzt einen Berichtsentwurf des federführenden Berichterstellers auf dem Tisch liegen. Wir werden eine Frist bekommen, um Änderungsanträge einzureichen. Da kann jeder Abgeordnete sich beteiligen. Auf der Grundlage des Kommissionsvorschlages. Und dann geht es darum, eine eigene Parlamentsposition zu erarbeiten.*

Parallel findet das gleiche bei den Mitgliedstaaten statt. Dort ist federführend der ECOFIN, also der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Gleiche Prozedur: Auf der Grundlage des Kommissionsvorschlages diskutiert der Rat Änderungen an dem Kommissionsvorschlag und beschließt am Ende eine sogenannte allgemeine Ausrichtung. Und wenn das Parlament und der Rat ihre Position formuliert haben, dann treffen wir uns zusammen zum sogenannten Trilog.“

Der ominöse Trilog – das EU-Hinterzimmer sozusagen: informelle Verhandlungen zwischen Vertretern von Kommission, Rat und Parlament, die, auf Konsens ausgerichtet, den Prozess effizienter machen sollen. Es gilt, einen Konsens zwischen den drei Entwürfen zu finden. Von einigen als Erfolgsmodell der Kompromissfindung gelobt, kritisieren andere eine gewisse Intransparenz der Verhandlungen.

[Markus Ferber]: *„Trilog heißt drei. Also neben Rat und Parlament ist auch die Kommission mit dabei. Und da wird dann versucht, einen Kompromiss zwischen diesen drei Texten zu finden, wobei das Parlament natürlich seine Position, der Rat seine Position, die Kommission ihre Position verteidigt. Und das nimmt manchmal sehr spannende Ausmaße an: Wer unterstützt wen gegen wen? Also manchmal wir mit der Kommission gegen den Rat, wir mit dem Rat gegen die Kommission, Kommission und Rat gegen das Parlament. Da kann ich für dieses Thema noch nicht absehen, wohin die Reise geht. Da sind wir noch nicht weit genug fortgeschritten. Und erst wenn sich alle drei auf einen gemeinsamen Text verständigt haben, der noch einmal von beiden Gremien - Parlament und Rat - gebilligt werden muss, bei uns, also im Plenum des Parlaments, ist ein Rechtsakt abgeschlossen. Das ist in einfachen Worten die Prozedur, die für alle Rechtsakte gilt, auch für den digitalen Euro.“*

Oder wie Damian Boeselager, Parteigründer und Abgeordneter für die sozialliberale Europapartei VOLT es ausdrückt:

[Damian Boeselager]: „Dann kommt es zum finalen Boxkampf und das ist dann der Trilog. Und was da unten rauskommt, ist dann sozusagen das Handshake Agreement. Dass ist dann das Gesetz, das muss dann noch mal formal abgestimmt werden in den beiden Kammern. Normalerweise war das nie ein Problem, aber mittlerweile ist es so ein Volkssport für die FDP geworden, die Trilog Ergebnisse wieder anzugreifen. Also das mache ich nicht so gerne, andere Parteien bashen, aber das ist natürlich, dass das bisschen so eine Unart ist, dass man beim Verbrenner-Aus zum Beispiel oder jetzt wieder beim Lieferkettengesetz Gesetze, nachdem sie eigentlich schon verabschiedet sind, also das Handshake schon gegeben wurde, der Boxkampf vorbei ist, dann die Unterstützung zurückgezogen wird von Ländern im finalen Prozessschritt.“

Patrick Breyer ist EU-Parlamentarier für die Piratenpartei. Nebst drei tschechischen Abgeordneten für die Partei ist er auf deutscher Ebene einziger Piratenvertreter. Breyer ist zudem Vollmitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Dem Ausschuss, der bestimmt wurde, neben dem Währungsausschuss zum digitalen Euro Stellung zu beziehen. Patrick Breyer erklärt wie sich die zwei Ausschüsse im Gesetzgebungsprozess zueinander verhalten:

[Patrick Breyer]: „Beim digitalen Euro ist es so, dass dieses neue Zahlungsmittel ganz grundlegende Auswirkungen auf unsere Privatsphäre und finanzielle Freiheit hat. Weil, es geht darum, ob wir die Anonymität und Unbefangenheit, die mit der Zahlung in Bargeld verbunden ist, ob wir die auch in den digitalen Raum mitnehmen können, ob wir die Eigenschaften des Bargelds, die sich über Jahrtausende ja jetzt bewährt haben, auch im digitalen Raum haben werden, oder ob wir, nur weil es jetzt einfach technisch machbar ist, quasi unsere kompletten finanziellen Verhältnisse einfach gläsern machen und aufzeichnen und abbilden werden. Und deswegen ist es so, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, der für Datenschutz zuständig ist, dass der eine Stellungnahme und Empfehlungen abgibt, aus Datenschutzsicht, aus der Sicht unserer Expertise und da einige Verbesserungen vorgeschlagen hat am Entwurf der EU Kommission. Letzten Endes entscheiden wird aber tatsächlich der federführende Ausschuss, das heißt hier der Wirtschafts- und Währungsausschuss. Und er muss quasi unsere Empfehlung als Rechtsausschuss nicht berücksichtigen.“

Aber ein Vertreter des Ausschusses nimmt an den Verhandlungen teil, kann die erklären und vortragen und vertreten. Es ist leider von den Konservativen ein

Vertreter, genauso wie die Verhandlungen im federführenden Ausschuss ein Konservativer führt. Und theoretisch kann ein Ausschuss für bürgerliche Freiheiten auf bestimmte Änderungen zum Bereich Datenschutz, die nicht übernommen worden sind, vom Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung stellen. Das heißt, am Ende muss ja das komplette Parlament, alle 700 plus Abgeordneten, müssen dann über die Position des Parlaments abstimmen und da können Änderungen vorgeschlagen werden. Von Fraktionen, aber eben auch von dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten aus Datenschutzperspektive. Wenn da bestimmte Sachen nicht übernommen worden sind, kann er das auch noch mal dann zur Abstimmung stellen lassen.“

Besagte Verhandlungsführer werden – wie im Bundestag übrigens auch – „Berichterstatter“ genannt – was doch etwas weniger gewichtig klingt als „Verhandlungsführer“. Fast als wären sie nur dazu da, auf Nachfrage mal kurz zusammenfassen, worum es geht. Aber nein, da steckt doch eine ganze Menge mehr dahinter – und wenn ich das richtig sehe, hängt an ihnen in der EU-Maschinerie sogar recht viel.

Federführender Berichterstatter für das Gesetzespaket Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel und etwaige Einführung eines digitalen Euro ist Stefan Berger von der CDU bzw. der EVP (Europäische Volkspartei), Englisch EPP (European People's Party). Im Team sitzen noch 6 weitere EU-Parlamentarier, sogenannte Schattenberichterstatter, eine bzw. einer aus jeder Fraktion. Mit Henrike Hahn für die Grünen und Gunnar Beck für die AfD bzw. Identität und Demokratie, kurz ID, sind zwei weitere deutsche Parlamentsmitglieder vertreten. Außerdem sitzen noch der Nordire Chris McManus für Die Linke und zwei niederländische Abgeordnete mit am Tisch: Paul Tang für S&D, die sozialdemokratische Fraktion, sowie Michiel Hoogeveen für die ECR, die europäischen Konservativen und Reformer, eine europaskeptische, rechtskonservative Fraktion, der – das vielleicht zur Einordnung – aus Deutschland ein Ex-AfD-Politiker der 2022 gegründeten Partei Bündnis und die polnische PiS-Partei angehören.

Caroline Marburger [cm]: „Frau Hahn, können Sie mir die Rolle von Berichterstattern erklären?“

[Henrike Hahn]: *„Ja, das mache ich sehr gerne. Also ich bin Schattenberichterstatterin der Grünen für den digitalen Euro. Zu Beginn eines Gesetzgebungsverfahrens, also nachdem die Kommission einen Gesetzesvorschlag vorgelegt hat und diesen an das Parlament und den Rat weiterleitet, da einigen sich die unterschiedlichen Fraktionen im zuständigen*

Ausschuss darauf, wer den oder die Berichterstatterin stellt. Und der Berichterstatter ist dann sozusagen der Klassensprecher für den Ausschuss. Mit der Aufgabe, Kompromisse zu finden zwischen den verschiedenen Fraktionen und die auszuhandeln. Und wenn diese Kompromisse dann fertig verhandelt sind von dem sogenannten Klassensprecher, dem Berichterstatter, dann hat er oder sie dann die Aufgabe, diese abschließende Position des Ausschusses in den Verhandlungen später auch mit dem Rat und der Kommission zu verteidigen und wenn eine Mehrheit des Ausschusses zum Beispiel dafür gestimmt hat, in der Finanzpolitik auch Nachhaltigkeitsziele zu verteidigen, so wie wir das bei Solvency 2“ –

[cm]: „Das ist eine Richtlinie für Versicherer.“

[Henrike Hahn]: – *„erlebt haben, dann hat zum Beispiel auch ein Berichterstatter der CDU/CSU Fraktion die Verpflichtung, diese im Trilog zu vertreten. Ob ihm das jetzt persönlich angenehm ist oder nicht. Und um ein Beispiel zu nennen, wie das eben in der Praxis ist, das ist Demokratie. Und beim digitalen Euro ist jetzt Herr Stefan Berger von der CDU Berichterstatter der EVP Fraktion und alle anderen Fraktionen stellen eben Schattenberichterstatter:innen, die die Kompromisse für ihre Fraktionen aushandeln. Und wie gesagt, ich bin Schattenberichterstatterin für den digitalen Euro und vertrete und verhandele dabei die grüne Position der Fraktion Die Grünen /EFA.“*

[cm]: „Und wie werden diese Berichterstatter und Schattenberichterstatter:innen bestimmt?“

[Henrike Hahn]: *„Da gibt es so ein sogenanntes Punktesystem in den Fraktionen, das heißt, man kann sich sozusagen mit Punkten in der Tasche bewerben für eine Berichterstattung und das wird dann auch noch mal entsprechend ausgehandelt zwischen den Fraktionen. Und es ist natürlich so, dass sozusagen die stärkste Fraktion, die EVP Fraktion im Europaparlament, hat mehr Punkte, hat mehr Rechte Berichterstattung zu stellen als Schattenberichterstatter:innen. Und es ist natürlich auch so, dass es dann auch noch mal in der Realität eine interessante Rolle spielt, wie man strategisch dann auch vorgeht bei Anfragen oder Besetzung von Berichterstattung. Wir wissen zum Beispiel im Industrieausschuss gibt es dann eine gewisse Richtung, konservativ eher energiepolitische Fragen zu besetzen. Wo lohnt es sich dann zum Beispiel da genau Berichterstattung zu machen oder andersrum eben eher Schattenberichterstatter zu sein? Dasselbe gilt für den Wirtschaftsausschuss auch. Das heißt, selbst wenn man nicht so viele Punkte in*

der Tasche hat, als viertstärkste Fraktion etwa, kann man trotzdem strategische Entscheidungen treffen, um hier möglichst viel Einfluss zu haben. Als Parlamentarierin, muss ich sagen, macht es besonders Spaß, Berichterstatterin zu sein. Ich mag gerne diese Klassensprecherinnenfunktion und dieses Versöhnende, das ist zutiefst europäisch, auch eine gemeinsame Position zu finden, das ist auch etwas machtvoller, sozusagen. Es ist aber auch sehr attraktiv, natürlich Schattenberichterstatterin zu sein, weil man dann sozusagen die reine Lehre vertreten kann der Fraktion und eben keine Kompromisse machen muss. Außer man wird natürlich in den Verhandlungen dann doch irgendwie in diese Richtung bugsiert, wo man hier mal etwas nachlassen muss und da mal etwas verändern muss, aber den großen Wurf kann eigentlich der Berichterstatter machen und deswegen ist das besonders reizvoll.“

Patrick Breyer von den Piraten – zum selben Thema:

[Patrick Breyer]: *„Was ist die Bedeutung von Berichtstattern? Man muss wissen, dass in der EU-Politik sehr viel von Personen abhängt. Einfach deswegen, weil es keinen Fraktionszwang gibt, weil so viele Vorhaben gleichzeitig auf dem Weg sind, dass quasi jede Fraktion immer nur von einer Person vertreten wird am Verhandlungstisch. Und deswegen hängt sehr viel davon ab, welche Personen das jeweils sind. Der Berichtstatter eines mitberatenden Ausschusses, wie jetzt in diesem Fall des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, der darf mit am Verhandlungstisch sitzen, wenn der federführende Ausschuss seine Position berät, aber dann später auch in den entscheidenden Trilogverhandlungen mit dem EU-Rat, wo das endgültige Gesetz formuliert wird, da darf er mit am Tisch sitzen und kann dadurch sehr wohl Einfluss nehmen, je nachdem, wer es ist. Und der Berichtstatter des federführenden Wirtschafts- und Währungsausschuss, der vertritt sogar das gesamte Parlament in den späteren Verhandlungen mit dem Rat und hat dann sehr große Möglichkeiten und Spielräume, um Einigungen zu finden und Kompromisse auszuloten, auch informell. Also der hat sehr viel Macht und deswegen ist es eine Schlüsselposition, die sich hier die Konservativen gesichert haben.“*

Und das kann auch schon mal heißen, dass ein einzelner Abgeordneter, der keine direkten Parteikolleginnen im Parlament hat, viel bewegt kriegt, wenn er Mehrheiten schaffen kann, Damian Boeselager von Volt:

[Damian Boeselager]: *„Größere Fraktionen haben mehr Punkte und können sozusagen mehr Berichte als Berichtstatter kriegen. Natürlich ist es so, dass*

Fraktionen gerade für die Berichte bieten, die ihren Interessen am wichtigsten sind. Das heißt jetzt in diesem Fall wundert mich nicht, dass zwei Konservative da in der Führung sind. Ich finde, man sollte verbieten, dass es jeweils zwei aus der gleichen Fraktion sind, die aus zwei Ausschüssen Berichtersteller sind. Das ist etwas, was ich derzeit in den Regeln des Parlaments versuche zu verändern, as we are speaking.

Wie groß ist der Spielraum? Na ja, also man muss halt seine Mehrheiten organisieren als Berichtersteller. Und wenn man das geschickt macht, dann kann man natürlich in irgendeiner Weise da auch Einfluss nehmen. Aber die anderen Fraktionen sind ja nicht dumm. Also die werden sich schon genau überlegen, was sie wollen und werden auch versuchen, eben ihre Mehrheiten zu organisieren. Das Ding ist halt die klassische traditionelle Mehrheit sozusagen. Gerade für dieses Mandat im Parlament ist eine konservative, sozialdemokratische und liberale Mehrheit. Also drei Fraktionen werden gebraucht. Ich habe immer versucht, Teil der Mehrheit zu sein in den Gesetzen, die ich gemacht habe, und dann eben dementsprechend dafür gesorgt, dass ich nahe an den Konservativen oder den Sozialdemokraten oder den Liberalen dran bin, sodass die ein Interesse daran haben, mich in der Mehrheit mit dabei zu haben.

Und das hat mir dann die Möglichkeit gegeben, Einfluss zu haben. Also sagen wir zum Beispiel mal bei einem Datengesetz, dem Data Act, den ich verhandelt habe, war ich einfach sehr nahe an der konservativen Verhandlerin, weil die sich sehr für Wettbewerb interessiert hat, was mein Hauptanliegen da war. Beim Coronawiederaufbaufonds, den ich auch verhandelt habe, 672,5 Milliarden, da war es so, dass ich vor allen Dingen an der sozialdemokratischen Verhandlungsposition nah dran war, und die Interesse hatten, uns dabei zu haben. Also so muss man halt irgendwie schauen.

Aber man kann die Agenda setzen als Berichtersteller, man ist Chefverhandler, man kann sich in Hintergrundgesprächen mit der Gegenseite, also den zuständigen Botschafter oder Minister treffen, der gerade für den Rat verhandelt. Da gibt es dann schon Möglichkeiten.“

Die Legislaturperiode endet, die Wahl steht an, das ist im Parlament natürlich eine besondere Zeit. Umbruch ist angesagt. Denn sowohl Parlament als auch die Kommission werden neu besetzt, Personal wird teilweise ausgetauscht, einige kommen wieder, andere nicht, neue Parlamentarier kommen dazu, Mehrheiten verändern sich. Das kann man fürchten oder als Vorteil daraufsetzen. Je nachdem was der Blick auf die Wahlprognosen und die Stimmung im Land so verspricht.

Was zeichnen sich also für Positionen im Ausschuss ab? Welche Lager oder Mehrheiten zeichnen sich ab? Klar, es gibt viele grundsätzliche Fragen, die wir in den vergangenen Folgen ja auch schon angerissen haben. Markus Ferber, CSU, von der EVP:

[Markus Ferber]: „*Wir Deutschen sind die Bargeldfreaks in Europa. Nirgends wird so viel mit Bargeld bezahlt wie in Deutschland und in Österreich. Also das scheint ein mentales Thema zu sein. Wir haben die Digitalfreaks, die Balten zum Beispiel, die Skandinavier, die da viel weniger Probleme haben. Aber auch in Spanien zum Beispiel werden Kleinstbeträge über digitale Zahlungsmittel bezahlt. Wir haben zum Dritten die Abhängigkeit von Systemen, die aus den USA kommen. Unsere heutigen Kredit- und Debitkarten sind im Wesentlichen aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Eines der gängigsten Bezahlungssysteme im Internet hat seinen Sitz in den USA, und wir haben schon ein bisschen die Sorge, weil das schon einmal der Fall war, dass für einen großen Kreditkarten Anbieter die Server runtergefahren waren, dass plötzlich bei uns der Zahlungsverkehr zum Erliegen kam. Also auch die Frage der Resilienz, wie es heute heißt, der Unabhängigkeit, der Widerstandsfähigkeit, die beantwortet werden muss und so gibt es ganz verschiedene Blickwinkel, bis hin zu denen, die behaupten, es wird das Bargeld abgeschafft und die Europäische Zentralbank will vollen Zugriff auf unsere Sparkonten haben, was genauso abenteuerlich ist. Aber das ist die Bandbreite der Diskussion und hier muss man schon Ordnung reinbringen, weil halt sehr unterschiedlich an das Thema digitaler Euro herangegangen wird. Und ich denke, deswegen muss der Gesetzgeber sich Zeit nehmen, um diese ganzen Anforderungen, die ich jetzt mal nur so holzschnittartig beschrieben habe, auch zu erfüllen.“*

Und laut Markus Ferber geht es gar nicht so sehr um Nord, Süd, West, Ost oder Fraktionen-Zugehörigkeit.

[Markus Ferber]: „*Ich glaube, das ist kein Thema, das sie jetzt nach Parteizugehörigkeit sortieren lässt, sondern nochmal: es kommt ja auf die Frage an: Wo komme ich her, wie definiere ich mich selber? Ich lese den Kommissionsvorschlag sehr aufmerksam und da steht drin: Der digitale Euro ist zu behandeln wie Bargeld. Da sage ich für mich okay, super, ich habe keine Kosten. Bargeld kostet mich nichts. Wir wissen aber, dass Bargeldverkehr viel Geld kostet für die, die damit umgehen müssen. Fragen Sie in Ihrem Supermarkt nach, der weiß, was Bargeldhandling kostet. Und auf der anderen Seite ist es ja auch so: Das Bargeld habe ich irgendwo bei mir im Geldbeutel, in der Geldbörse, unterm Kopfkissen, wo auch immer. Aber eine digitale Währung habe ich in*

einer Wallet, die dann doch wieder von irgendjemandem angeboten werden muss. Es soll aber nichts kosten. Also ich kaufe mir meinen Geldbeutel auch einmal selber und dann tue ich aber rein, was ich für richtig halte. Und auf das hat die Bank auch keinen Zugriff mehr.

Wenn ich aber die Banken auf der anderen Seite verpflichte, eine solche Wallet zur Verfügung zu stellen und es ist auch im Kommissionsvorschlag angelegt, sie darf aber das Geld nicht mehr benutzen, weil es ja eigentlich nicht mehr auf dem Girokonto liegt, dann löst es ganz neue Fragen aus, die die Banken zu beantworten haben, weil natürlich dann das klassische Geschäftsmodell Fristentransformation in Frage gestellt wird, weil sie das Geld in der Wallet nicht für die Fristentransformation verwenden darf, das auf dem Girokonto schon.“

Fristentransformation heißt die Umwandlung kurzfristiger Einlagen in langfristige Kredite, damit meint Ferber letztlich die befürchteten Einschränkungen von Spielräumen der Geschäftsbanken durch einen für die Bürger womöglich zu attraktiven digitalen Euro, siehe bzw. höre Folge 5.

[Markus Ferber]: *„Also Kostenfreiheit auf der einen Seite, was im Kommissionsvorschlag drinsteht. Auf der anderen Seite entstehen irgendwo Kosten, die von irgendjemanden zu bezahlen sind. Und diese Frage muss seriös beantwortet werden und das ist dann keine Parteifrage mehr, sondern es ist eine Grundverständnis Frage: Wie löse ich das?“*

Herr Ferber präsentiert den Digitalen Euro als Grundsatzfrage, Parteipositionen sind dann eher zweitrangig. Aber natürlich variiert, welche Themen wer so anbringt. Inklusion? Eher die Kosten? Die Geschäftsbankenfrage? Die europäische Autonomie? Was ist wichtiger?

Auch Henrike Hahn von den Grünen betont, dass es einiges an Gleichklang gibt, gemeinsame Themen und Fragen. Allerdings nicht nur:

[Henrike Hahn]: *„Bei der Bewertung des digitalen Euro gibt es natürlich auch Disparitäten bei den verschiedenen Fraktionen. Auch wenn alle das digitale Euro Projekt prinzipiell begrüßen, manche enthusiastischer als andere. Aber für uns alle ist klar, dass Privatsphäre und Datenschutz beim digitalen Euro nicht zu kurz kommen sollten.*

Wo es aber noch unterschiedliche Ansichten gibt, ist zum Beispiel bei den Gebühren für den Einzelhandel, zum Beispiel. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass grundlegende Zahlungsdienstleistungen für Verbraucherinnen kostenfrei sein sollen. Und in der Hinsicht sind sich alle, glaube ich, auch einig. Aber die liberale und vor allem aber die konservativen Fraktionen sind gegen

eine Deckelung der Gebühren, die der Einzelhandel für grundlegende digitale Euro Funktionalitäten zahlen muss, zum Beispiel für Zahlungen im Laden. Und so eine Deckelung ist extrem wichtig, um die Händler nicht zu sehr zu belasten. Und für den Einzelhandel wird eine allgemeine Annahmepflicht gelten. Das werden wir natürlich dann so auch auf den Tisch legen. Weiterhin und ich persönlich setze mich da für Gebühren ein, die Kostendeckung und Gewinne ermöglichen, ohne dass sie den Einzelhandel zu sehr belasten. So wie es eben leider für gegenwärtige Zahlungsmittel wie bei Visa- und Mastercard der Fall ist. Was mir auch wichtig ist, ist, dass für niedrigschwellige Zahlungen gar keine Gebühren erhoben werden sollen. So schaffen wir nämlich auch für den sogenannten Tante Emma Laden im Viertel, für den eben keine Annahmepflicht gelten wird, einen Anreiz, den digitalen Euro als Zahlungsmöglichkeit durchaus anzubieten. Also unkompliziert bezahlen ohne Gebühren ist immer besser als kompliziert bezahlen zu müssen mit Gebühren.“

Also Gebühren für Händlerinnen und Händler. Ein anderer Diskussionspunkt, so führt sie weiter aus, sind die sogenannten Haltelimits, die wir auch in Folge 5 eingehend besprochen haben.

[Henrike Hahn]: *„Und auch im Hinblick auf die Einführung eines Haltelimits gehen da die Meinungen auch noch stark auseinander zwischen den Fraktionen. Da ist auch noch starker Diskussionsbedarf. Meine konservativen Kolleg:innen fürchten, dass ohne ein striktes Haltelimit die Dominanz der Banken in unserem Finanzsystem bedroht wird. Ich persönlich setze mich für die Einführung eines Haltelimits durch die EZB ein, dass am tatsächlichen Finanzstabilitätsrisiko gemessen ist und auch gleichzeitig einer regelmäßigen Überprüfung unterliegt. Die Finanzstabilitätsargumente meiner Kollegen nehme ich aber durchaus ernst und denke auch, dass die EZB hier wirklich ein genaues Auge drauf werfen sollte. Und langfristig kann der digitale Euro ohne Haltelimit aber noch viel mehr zur Finanzstabilität beitragen. Ich denke, es ist wichtig, klar zu sagen, dass der digitale Euro das Potenzial hat, unser Finanzsystem positiv zu verändern und zu stärken. Und er kann den Grundstein für eine echte europäische Kapitalmarktunion legen oder im Falle einer direkten Verzinsung die effektive Umsetzung der Geldpolitik der EZB unterstützen.“*

Keine Haltelimits und Verzinsung des digitalen Euro das sind eindeutig eher linke und liberale Positionen. Von konservativer Seite kommen da schnell Einwände in Sachen Finanzstabilität und darüber, was ein solcher Angriff auf Privilegien der Geschäftsbanken bedeuten könnte. Bei den derzeitigen Änderungsvorschlägen, ganze 725 an der Zahl auf gut 400 Seiten, die man inzwischen einsehen kann, die Dokumente verlinken wir in den Shownotes, zeigt

sich, dass es viel zu diskutieren gibt. Grüne und S&D scheinen sich an vielen Stellen vergleichsweise einig – und finden auch mit Renew Überschneidungen, insbesondere wenn es um europäische Wettbewerbsfähigkeit, Datenschutz und Fragen der Inklusion geht.

In Sachen Haltelimits liest man da beispielsweise, dass der sozialdemokratische Schattenberichterstatter Paul Tang temporäre Haltelimits vorschlägt, also eine phasenweise Lösung gemäß entsprechender Stresstests. Markus Ferber von der EVP möchte hingegen das genaue Austarieren der Haltelimits, anders als Henrike Hahn, nicht der EZB überlassen. Er schlägt ein fixes Maximum von 500 Euro vor, was der derzeit geläufigen Forderung der Bankenverbände entspricht. Ebenso schlägt Ferber vor, dass die für den digitalen Euro relevanten Apps bzw. Frontends ausschließlich Geschäftsbanken anbieten sollen. Nicht auch noch die EZB. Michiel Hoogeveen, Gegner eines digitalen Euro und Schattenberichterstatter aus der Fraktion der rechten Europäischen Konservativen und Reformer, schlägt im selben Dokument auch vor, den Entwurf rundum abzulehnen. Er fügt trotzdem noch ein paar Änderungsvorschläge ein, die letztlich den digitalen Euro nur für den Notfall gutheißen und andere Lösungen und Technologien für ausreichend befinden.

Die Lektüre und der Blick auf die Uhr macht unsicher: Ist eine zeitnahe Einigung denkbar? Genau hier herrscht nämlich Unklarheit. Es gibt widersprüchliche Aussagen; Henrike Hahn, die Grünen:

[Henrike Hahn]: *„Und wir arbeiten jetzt im Europaparlament mit Hochdruck daran, zu ermöglichen, noch vor Ende der Legislaturperiode, vor den Europawahlen 2024 eine Position zum digitalen Euro im Wirtschafts- und Währungsausschuss beschließen zu können. Und hier eine gemeinsame Position im ECON-Ausschuss zu finden, und zwar rechtzeitig vor den Europawahlen 2024 wäre deshalb so wichtig, weil wir damit als Europaparlament ein klares Signal senden, dass wir den digitalen Euro tatkräftig unterstützen als tolles Zukunftsprojekt des Europäischen Wirtschaftsraumes.“*

Markus Ferber, CSU:

[Markus Ferber]: *„Die Zeitabläufe sind so, dass weder das Parlament noch der Rat in der Lage sein werden, bis zum Ende dieser Legislaturperiode ihre Position zu finden. Und dann macht es, glaube ich, auch Sinn, dass nicht ein zukünftiges Parlament an eine Entscheidung des jetzigen Parlaments gebunden wird. Das dürften wir formal, wir werden es beim digitalen Euro aber nicht machen, weil*

wir der Meinung sind, dass ein sehr, sehr grundlegendes Thema ist. Das ist eine grundsätzliche Entscheidung. Und die sollte dann auch von den Abgeordneten getroffen werden, die zu diesem Zeitpunkt legitimiert sind. Und das heißt, nachdem wir die Wahlen am 9. Juni haben, soll das neue Parlament sich abschließend damit beschäftigen.“

Joachim Schuster von der SPD:

[Joachim Schuster]: *„Ich bin nicht gegen die Einführung eines digitalen Euro. Ich bin aber auch nicht dafür im Moment. Ich finde, wichtige Fragen müssen erst mal diskutiert werden. Und damit kommt man zu der Frage: Was ist eigentlich wirklich der Nutzen, für mich, für so einen Aufwand? Und dass wir international nicht überall sein können und auf amerikanische Zahlungssysteme also außerhalb Europas angewiesen sind. Das kann man ändern und es würde im Übrigen auch, der digitale Euro würde ja nicht automatisch von allen Zahlungsempfängern auf dieser Welt anerkannt werden. Deswegen klare Diskussion: Was ist eigentlich der genaue Vorteil eines digitalen Euro? Und haben wir nicht jetzt schon sogar teilweise Punkte, mit denen wir das, was wir uns vom digitalen Euro versprechen, anderweitig leisten können? Alles Fragen, die man gründlich diskutieren sollte und nicht ad hoc mal in einem Bericht, wo wir nicht mal drei Monate Zeit haben, darüber genauer zu diskutieren. Da finde ich muss man sich mehr Zeit auch nehmen.“*

Sein Fraktionskollege und zuständiger Schattenberichterstatter Paul Tang hatte allerdings bei einer Aussprache zum anderen Teil des Gesetzespakets, nämlich zum Bargeld Mitte Februar moniert:

[Paul Tang]: *“There is a package on the table, the legal tender, digital euro, and I think political groups as indeed Greens & Renew are willing to move forward on the entire package [...]*

[Übersetzung]: *„Das seine Fraktion, Grüne und Renew bereit seien das Paket voran zu bringen, aber der Prozess für ihn unverständlich nicht vorankomme. Deadlines seien gerissen worden und nun sei eine Timeline vorgeschlagen worden, die ihnen wenige Tage Zeit lasse.“*

[Paul Tang]: *“So let me express my concern on the process. I'm not sure why this is so difficult. I'm not sure what is behind it, but I have to tell to people outside of European Parliament who take an interest in this package of files that I'm not sure what the European Parliament will do. Personally, I find it's a very difficult situation [...]*

[Übersetzung]: „Also das macht mir etwas Sorge und ich weiß auch nicht, warum das jetzt so schwierig ist und was dahintersteckte, aber ich meine es gibt ja außerhalb des EPs viele Menschen, die großes Interesse an diesem Dossier haben. Und ich muss jetzt sagen, ich weiß nicht, was hier geschieht. Ich finde die Lage sehr schwierig. Wir sollten das wirklich anpacken, es ist ja auch das Recht des Parlaments, dafür zu sorgen, dass dieses Dossier besprochen wird, aber so wie das bisher gelaufen ist, wird es sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Also, nochmal: S&D ist bereit mitzuarbeiten, bin auch gerne bereit, meinen Kalender freizuschaukeln um wirklich verfügbar zu sein für dieses Thema. Denn, es ist sehr wichtig, dass das Paket verabschiedet wird.“

Paul Tang legt also nahe, dass man sich über das „Paket“ eigentlich einig sei und dass alles irgendwie zu langsam geht. Das hat mich stutzig gemacht. Ist das so, weil man sich innerhalb nicht auf diese Dinge einigen kann, oder gibt es da noch andere Gründe? Henrike Hahn:

[Henrike Hahn]: „Ich denke beim digitalen Euro haben die S&D-Fraktion, Renew-Fraktion und die Grünen gemeinsam eine sehr klare Position. Wir denken, dass es in dieser Legislaturperiode eben genau richtig wäre, im Wirtschaftsausschuss eine Position zu finden, aber auch dann im Plenum des Europaparlaments. Das ist unser Ansatz, eigentlich auch die Mehrheitsmeinung muss man klar sagen in den jetzigen Verhandlungen.

Und dem gegenüber steht im Moment eine Verzögerungstaktik des Rapporteurs, des Berichterstatters gegenüber, der hier entsprechend auch mit ECR da sozusagen in die andere Richtung arbeitet und, glaube ich, zentral der Punkt, der hier eine Rolle spielt, ist: Wir sagen: Gerade Kritikern des digitalen Euro muss man klare Positionen ausbuchstabieren können, warum eben gerade der digitale Euro für Finanzstabilität steht und auch unser System stärken kann. Und hier eine gemeinschaftliche Antwort zu haben des Europaparlaments ist wesentlich sinnvoller als solche Erklärungen oder Kritik in irgendwelche Verschwörungstheorien zum Beispiel abdriften zu lassen. Wir sind klar dafür, dass das Europaparlament hier eine gemeinsame, klare Linie entwickelt und auch schon in dieser Legislaturperiode, um dann dieses Projekt auch tatkräftig voranzubringen, aber auch sehr klare, starke Argumente zugunsten der Finanzstabilität auch in der Tasche hat und das den Menschen auch vor der Wahl schon so erklären und zeigen zu können.“

Joachim Schuster von der S&D scheint da wenig zuversichtlich, oder vielleicht ist er auch anderer Meinung:

[Joachim Schuster]: „Im Parlament diskutieren wir zurzeit einen Bericht, wo wir als Parlament dazu Stellung nehmen, zu der Position der Kommission. Ob dieser Bericht jetzt allerdings in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet wird, ist ungewiss, weil also auf allen Seiten, bei allen Parteien eigentlich eine gewisse Skepsis herrscht. Bzw. Skepsis ist vielleicht sogar der falsche Ausdruck, man sich noch nicht sicher ist, wie man einen digitalen Euro eigentlich bewerten soll, welchen Mehrwert der digitale Euro hat. Und deswegen bin ich mir nicht sicher, weil, die Zeit würde ja sehr drängen, ob wir also in der Geschwindigkeit noch einen Beschluss fassen werden. Wir würden es theoretisch noch schaffen, wenn sofort Konsense hergestellt werden könnten. Dann könnte man noch einen Bericht verabschieden und den dann eventuell sogar noch ins Plenum reinbringen, weil, jetzt diskutiert ja der Ausschuss. Alles was ich bisher allerdings gehört habe, ist das durchaus so, wie Herr Tang das so gesagt hat, dass die Zeit zur Diskussion eigentlich sehr, sehr gering ist.“

Das noch vor der Legislaturperiode durchzukriegen, wäre einerseits wünschenswert, so verstehe ich auch Paul Tang. Andererseits pochen der EVP-Mann Markus Ferber und selbst Joachim Schuster auf Zurückhaltung, halten Dinge für noch nicht gut genug geklärt. Ist das politisches Kalkül oder ist es ob des komplexen Gegenstands legitim? Wird hier unnötig verzögert? Womöglich mit Blick auf neue Mehrheitsverhältnisse nach diesem Sommer? Undenkbar ist es nicht. Dennoch ist es nicht von der Hand zu weisen, dass es einige Zeit braucht, den digitalen Euro zu begreifen, potenzielle Risiken und mögliche Chancen einzuschätzen. Henrike Hahn deutet darauf hin, dass sich mit einer klaren, zeitnahen Positionierung des EU-Parlaments das Thema digitaler Euro aus dem ewigen Limbo herausholen ließe. Die parlamentarische Stellungnahme dazu dienen könnte, den im öffentlichen Diskurs derzeit existierenden Unsicherheiten und einem drohenden Abdriften des Diskurses in Richtung Verschwörungstheorien entgegenzutreten.

Ein weiteres Argument für Langsamkeit gibt es hingegen von Joachim Schuster:

[Joachim Schuster]: „Jetzt auch demokratietheoretisch, man kann doch nicht auf den letzten Metern eines alten Parlamentes Entscheidungen treffen, die erstens im nächsten, also in der nächsten Legislaturperiode erst wirklich umgesetzt werden. Die Abgeordneten, die dann dort Verantwortung tragen müssen, denen haben wir schon mal was vorweggenommen. Also das finde ich, ist ja albern. Und es gibt auch gar keinen Grund, dass man diesen Zeitdruck so macht, weil auch die technische Phase dauert ja noch anderthalb Jahre mindestens, bis die Zentralbank überhaupt so weit ist, wie sie das denn eigentlich umsetzen würde wollen.“

Okay, es leuchtet ein wenig ein, das zukünftige Parlament nicht auf alte Mehrheitsmeinungen verpflichten zu wollen. Dann aber wieder: dann müsste das Parlament ja alles stoppen, das nicht mehr in dieser Legislaturperiode zum Abschluss kommen kann, jede Erste Lesung auf den letzten Metern wäre also problematisch. Markus Ferber hat selbst gesagt, formal ginge das.

Und der sogenannte LIBE-Ausschuss, der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat seine Stellungnahme beschlossen.

In diesem Ausschuss hatte allerdings Patrick Breyer von den Piraten gegen diese Stellungnahme gestimmt. Ihm fehlen klarere Bestimmungen zu Inklusion und Datenschutzaspekten. Breyer ist auch mir gegenüber deutlich:

[Patrick Breyer]: *„Ich muss sagen, dass ich der Stellungnahme meines Ausschusses im Endeffekt nicht zugestimmt habe, weil sie nicht weit genug geht und da nur marginale Verbesserungen vorsieht, aber die grundlegenden Probleme dieses Gesetzesvorschlags digitale Euro nicht angeht.“*

Bei der Abstimmung zeigte sich Die Linke uneins. Einer Zustimmung stehen drei Enthaltungen gegenüber. Gegenstimmen gab es sonst neben Herrn Breyer nur von ganz rechts, der EKR und der ID. Aber breite Zustimmung zu ihrer Stellungnahme gab es im Ausschuss doch: in Gänze seitens der Sozialdemokraten, konservativer EVP, der liberalen Renew und den Grünen. Also von schwierigen Mehrheiten konnte da nicht die Rede sein.

Während im LIBE – Ausschuss also ein recht breiter Konsens gefunden worden ist, stockt es scheinbar im Währungsausschuss.

Gravierende Diskussionen? Verzögerungstaktik? Eins steht durch die Verfahrensregeln fest: Einigt sich der Währungsausschuss nicht fristgemäß auf einen Vorschlag – und wir haben die divergierenden Annahmen, Hoffnungen und Meinungen diesbezüglich und den Missmut über die Verzögerung bei Paul Tang gehört – kommt es also nicht zu einer rechtzeitigen Einigung im Ausschuss, kann das Parlament diese Stellungnahme auch nicht mehr fristgerecht verabschieden. Und dann geht es lange womöglich erstmal gar nicht weiter. Damian Boeselager:

[Damian Boeselager]: *„Also es ist ganz klar, alle versuchen gerade Gesetze noch fertig zu machen. Also ich verhandele gerade auch noch ein anderes Gesetz, den EU-Langzeit-Aufenthaltsstatus. Mein Ziel ist es jetzt noch bis zum 15. März meine Verhandlungen abzuschließen im Trilog, weil ich dann noch die Chance habe,*

dass das durch so ein Sonderverfahren noch verabschiedet wird in der letzten Plenum Sitzung im April. Das Plenum wird das letzte Mal abstimmen, in diesem Mandat Ende April und dann ist es fertig, Dann wird es auch keine Plenumsabstimmungen oder Plenumssitzung überhaupt mehr geben und die nächste Plenumssitzung ist dann im Juli nach der Wahl. Wenn sich das Parlament wieder konstituiert. Dann gibt es erst mal die Wahl der Parlamentspräsident:in, dann gibt es die Wahl der Kommissionspräsident:in, dann gibt es die Wahl der Kommission, also alle 27 sozusagen. Das zieht sich dann schon so bis zum November, würde ich sagen. Also aus meiner Erfahrung von meinem ersten Mandat. So und dann langsam parallel und dann langsam fangen dann wieder die Verhandlungen an auf Gesetzen, die vielleicht liegengeblieben sind. Und dann langsam fängt die Kommission an, wieder Gesetze vorzuschlagen. Also sind wir sicher im Januar oder so, bevor wir hier wieder über ein Gesetz wirklich im Detail abstimmen, könnte ich mir vorstellen. Also das muss man einfach so sehen, Wir verlieren hier ein halbes Jahr bis Dreivierteljahr, deswegen ist ein großes Interesse bei vielen, die jetzt noch in den finalen Stunden sitzen, das jetzt noch fertig zu kriegen.“

Der AI Act, also die KI-Verordnung der EU, ist entsprechend jüngst noch flott zu Ende verhandelt worden. Nach einer rekordhaften 22stündigen Trilogsitzung über Nacht im Dezember, auf die einen Tag später nochmal über 10 Stunden folgten, war die Einigung erzielt. Und Mitte März wurde das Gesetz dann im EU-Parlament verabschiedet. Jetzt muss es nur noch durch den EU-Rat – wo man mit Zustimmung rechnet. Wie Damian Boeselager schon gesagt hat: eigentlich ist es bad form, ein mal verhandeltes Gesetz im Nachhinein zu blockieren oder nachverhandeln zu wollen. Dennoch: ganz in trockenen Tüchern ist selbst der AI Act bis dahin nicht. Hören Sie sich zur Entstehungsgeschichte des KI-Gesetzes übrigens gerne die entsprechende Folge in unserem Schwesterpodcast *Digitalgespräch* an. Sie ist Anfang März erschienen.

Aber zurück zu unserem Thema, um das zeitlich einzuschätzen: der AI Act ist der Gesetzgebung zum digitalen Euro quasi gute 2 Jahre voraus, der Entwurf der Kommission zum AI Act war im April 2021 formuliert. 3 Jahre später ist der AI Act nun weitgehend durch. Ohne Wahlunterbrechung als Zwischenbremse. – Der Digitale Euro aber?

Es gibt keine Standarddauer für einen EU-Gesetzgebungsprozess, aber man mag ahnen, dass die Regulierung von AI auch kein Frühstück war. Oder nehmen wir die sogenannte *MiCAR* – Verordnung, die kam in Folge 4 mal kurz vor, da geht es um die Regulierung für in Europa ausgegebene Kryptowerte, Stablecoins et cetera. Erschienen ist der Verordnungsentwurf im September 2020.

Trilogverhandlungen dann Sommer 2022 und nach Verabschiedung im Parlament im April und Mai, ist sie schließlich Ende Juni 2023 in Kraft getreten.

Also, Vorsicht zwar, Vergleiche hinken immer. Aber beide Regulierungsbeispiele handhaben moderne Grundsatzfragen und beide Gesetze haben – ohne dass sie noch Ende und Anfang einer Legislaturperiode als Verzögerungspause einberechnen müssten – drei Jahre gebraucht. Der digitale Euro ist natürlich ein komplexer Gegenstand und seine Einführung ist womöglich umstrittener als etwas zu regulieren, das in jedem Fall mit Macht und mit vielen Risiken auf den Markt kommt, so dass der Gesetzgeber gefühlt möglichst schnell reagieren muss. Gehen wir also beim digitalen Euro von drei oder mehr Jahren aus? In Sachen digitaler Euro sind wir jedenfalls erst in Jahr eins. Henrike Hahn:

[Henrike Hahn]: „*Also wir sind natürlich momentan noch mitten im politischen Prozess im Europäischen Parlament, aber auch insgesamt und ohne einen rechtlichen Rahmen wird die EZB den digitalen Euro ja auch nicht ausgeben können. Das heißt dann das muss ausgefeilt werden und ausgearbeitet werden. Und sobald wir eine Parlamentsposition entwickelt haben, also nicht nur die vom Wirtschaftsausschuss, sondern eben auch eine Parlamentsposition, müssen wir eben noch in die Verhandlungen mit dem Rat. Und das heißt, eine Einigung ist also wirklich allerfrühesten Ende 2024, das ist aber theoretisch gedacht, oder erst 2025 zu erwarten. Und die technischen Arbeiten am digitalen Euro auf Seiten der EZB werden aber noch deutlich länger andauern. Da gehen wir von einem Zeitrahmen bis 2027 aus. Wir wollen mit diesem politischen Prozess ja Tatsachen schaffen, allerdings natürlich sehr ausgefeilt und ausgewogen in der Form, dass wir wirklich ein belastbares Konzept haben für diesen digitalen Euro, sodass wirklich alle wichtigen Kriterien, die wir schon genannt haben, jetzt in dem Gespräch auch berücksichtigt werden, das heißt mit heißer Nadel gestrickt, das geht nicht. Aber auch gleichermaßen künstliche Verzögerung ist nicht angesagt und deswegen können die Bürgerinnen und Bürger da auch ein ausgefeiltes Projekt von uns erwarten.“*

Ohne Entscheidung vor Ende April, seitens Parlament und Rat ist die Verhandlung im Trilog ob der Konstituierungsphase von Parlament und Kommission vor 2025 höchst unwahrscheinlich, von einer Entscheidung ganz zu schweigen. Das Ganze zieht sich, so mein Eindruck. Und ob der Rat der 27 Finanz- und Wirtschaftsminister sich einigen kann oder nicht, welche Positionen dort verhandelt werden, ist unbekannt. Denn nationale Interessen spielen natürlich in Brüssel keine kleine Rolle. Sei es in der Kommission, deren Kommissare von den Regierungen der Mitgliedsstaaten vorgeschlagen werden und insbesondere im Rat, der eben alle 27 Regierungschefs und -chefinnen umfasst.

Dass aus Sicht der prinzipiell europäischen, nationalstaatenübergreifend organisierten Partei Volt, dieser nationale Überhang im EU-Prozedere reduziert werden sollte, überrascht nicht. Aber da uns hier die möglichen Fallstricke der EU-Gesetzgebung interessieren, nochmal Damian Boeselager:

[Damian Boeselager]: *„Ich glaube, wenn man proeuropäisch ist, dann muss man umso kritischer darauf schauen, wie wir Entscheidungen treffen. Also ich gebe jetzt mal ein anderes Beispiel, dann können wir auch gleich zum digitalen Euro zurückkommen, aber: vor ein paar Wochen hat ja Orban endlich die Gelder für die Ukraine freigegeben. Aber dass er das überhaupt so lange aufhalten konnte, das liegt an einem architektonischen Fehler in der EU. Also, jeder hat das ja schonmal gehört, dieses Veto und so weiter. Und das Einzige was Volt sich wünscht ist., dass wir das gleiche machen, was wir auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene machen. Also um es nochmal ganz blöd zu sagen: Meine Stimme sollte das Parlament bestimmen. Das Parlament sollte in der Mehrheit dann die Regierung bestimmen*

[cm]: Nicht die Regierungen der Mitgliedsstaaten.

[Damian Boeselager]: „Und dann sollte es irgendwie so eine Kompetenzabsicherung geben, Subsidiaritätsabsicherung untendrunter, das wäre eine sinnvolle Geschichte. Das ist heute überhaupt nicht der Fall. Heute haben wir diese 27 Regierungschefs, die bei ganz wichtigen Fragen zum Beispiel in der Außenpolitik und so weiter einfach eben blockieren. Deswegen könnte Orban da auch sein Veto einlegen. Wir haben aber auch das Problem, dass die zweite Kammer insgesamt, also diese und 27 Minister, die zuständigen, gar keine Deadlines haben und ganz, ganz oft Sachen verschleppen. Und das ist natürlich, das geht nicht. Also da braucht's auch Deadlines.“

Soweit zum Stand des europäischen Gesetzgebungsprozesses – eine Deadline hat der digitale Euro nicht. Und wenn man mal auf die nationale Ebene geht und sich die Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl ansieht?

Die Programme von SPD und CDU/CSU erwähnen den digitalen Euro mit keinem Wort. Als ich Joachim Schuster von der SPD zur Leerstelle im Wahlprogramm seiner Partei gefragt habe, sagte er:

[Joachim Schuster]: *„Aus meiner Sicht ist es so, dass man in ein Wahlprogramm das reinschreibt, was man will und was man machen will. Und man kann natürlich reinschreiben, wir diskutieren den digitalen Euro. Zumal, es geht um*

eine Entscheidung, die in der zweiten Hälfte der Legislatur faktisch anstehen wird, deswegen steht das nicht im Wahlprogramm. Nicht, weil wir glauben, dass wäre keine wichtige Frage. Aber wie gesagt, eine Wahlaussage, die sagt, das diskutieren wir, ist zwar richtig, aber ob das dem Wähler und der Wählerin wirklich mehr Klarheit darüber bringt, was die SPD will, bezweifle ich.“

Und zum Austausch zwischen SPD-Fraktion auf EU-Ebene und dem Bundestag?

[Joachim Schuster]: *„Zu wichtigen Fragen gibt es in der Regel einen Austausch, wobei beide Seiten häufig auch autonom ihre Positionsfindung betreiben. Bisher ist der noch nicht sehr intensiv, weil eben das noch in weiter Ferne für viele scheint. Also alles, was nicht in den nächsten Monaten entschieden werden muss, ist für Politiker häufiger so, dass sie sich nicht immer da schon intensiv mit befassen. Aber das wird, umso weiter die Vorbereitung gehen, wird das kommen, dass man sich auch in einen intensiveren Austausch begibt. Was will man eigentlich am Ende des Tages?“*

Als Parteien sparen CDU und SPD das Thema für die Wahl zumindest in Gänze aus. Außer bei der SPD erklären sonst allerdings alle: Bargeld gilt es zu bewahren. Das wird selbst bei CDU/CSU und beim Bündnis Sarah Wagenknecht erwähnt. Ist der digitale Euro also in irgendeiner Weise Wahlkampfthema, ja oder nein? Für SPD und CDU definitiv nicht. Patrick Breyer von den Piraten hingegen sagt:

[Patrick Breyer]: *„Man kann an der Wahlurne viel Einfluss nehmen und ich glaube sehr wohl, dass es ein Wahlkampf Thema wird, weil, es geht hier um unsere finanzielle Freiheit. Es geht darum das Bargeld zu retten bzw. es in den digitalen Raum auch zu bringen.“*

Die Piraten betonen eben, dass es das Bargeld wegen seiner Anonymität zu schützen gelte – und damit auch seine digitale Variante. Und was sagen die anderen Parteien?

Die Linke verortet den digitalen Euro in ihrem Programm im Zusammenhang staatlicher Souveränität und begrüßt ihn als Gegenmittel zur schleichenden Privatisierung sowie der problematischen Unterregulierung von Zahlungsdienstleistern wie *Paypal* oder BigTech. Sie fordert zudem eine Demokratisierung der Europäischen Zentralbank.

Die Grünen, es klang bei Henrike Hahn an, sehen in ihm ein Mittel, das die Digitalisierung der Wirtschaft auf gute Weise fördert. Als öffentliches Gut könne die digitale Zentralbankwährung einen wertvollen Beitrag zur finanziellen

Inklusion leisten, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems in digitalen Zeiten.

VOLT befürwortet einen digitalen Euro ohne Haltelimits, der mit möglichst geringen Transaktionskosten Wettbewerbsdruck auf andere Zahlungsanbieter, insbesondere jene ausübt, die qua Marktdominanz die Chance haben, aus dieser Position heraus enorm hohe Transaktionskosten zu verlangen.

Die FDP möchte die Diskussion zum digitalen Euro konstruktiv begleiten und fordert, dass er als digitales Bargeld offline wie online nutzbar sein und dabei die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich geschützt bleiben müsse.

Die Freien Wähler sind grundsätzlich kritisch bzw. betonen, dass sie ihn nur dann akzeptieren, wenn Bank Runs ausgeschlossen und Anonymität wie Datenschutz ausreichend gewährt wird.

Die AfD betont, dass nur nationale Währungen jedem Staat wieder seine Souveränität über seine Wirtschafts- und Währungspolitik zurückgeben. Den digitalen Euro lehnt die Partei als vermeintliches Zensur- und Überwachungsinstrument ab.

Klare Positionen scheint es also zumindest bei diesen Parteien zu geben, auch einige durchaus unterschiedliche. Geht doch? Diese Positionen klar zu beziehen und eine klare Position des EU-Parlaments – wie auch des Rates – wäre gutes und notwendiges Futter für die breitere, aber auch konkretere Diskussion dieses Großprojekts. Spannung baut sie immerhin auf, die so langsame und komplexe europäische Meinungs- und Entscheidungsfindung. In diesem Sinne werden wir den politischen Prozess weiterverfolgen, und einige Stimmen von heute hören Sie auch in kommenden Folgen wieder.

Beim nächsten Mal widmen wir uns der Position und dem Mandat der EZB. Das wurde auch Zeit. Was sagen Vertreter der EZB zur Kritik der Geschäftsbanken oder auch Vorwürfen aus dem EU-Parlament, alles ginge zu schnell? Wie ist die Arbeit der EZB überhaupt mit der der EU-Organen verknüpft?

All Das beim nächsten Mal. Das wars für heute, Mehr Info zu unseren heutigen Gästen, zu Beiträgen oder Texten, die in dieser Folge erwähnt worden sind, wie immer: in den *Shownotes*. Weitere Infos zum Thema gibt es außerdem auf unserer Webseite www.efin-und-demokratie.de und auf unserem *eFin*-Blog auf

der Seite www.zevede.de. Wenn Sie Fragen haben oder uns ihre Sichtweise mitteilen wollen, senden Sie uns gerne eine Mail an efin@zevede.de. Bei Interesse folgen Sie uns gerne auf *X* oder *Mastodon* oder dem *Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung* auf *LinkedIn*.

Mein und unser Dank an unsere Gesprächsgäste Damian Boeselager, Patrick Breyer, Markus Ferber, Henrike Hahn und Joachim Schuster! Und Ihnen Herzlichen Dank fürs Zuhören. Bis dahin, machen Sie es gut, tschüss.



This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>